

neue Aspekte hinzufügen. Zudem wurde das gängige Bild urbanistischer Modernisierung, dass immer noch stark von den westeuropäischen und amerikanischen Pionierfällen geprägt ist, hinterfragt bzw. durch Alternativ-Erzählungen erweitert. Auf dieser Grundlage wird angestrebt, den in Berlin und Warschau begonnenen Austausch fortzusetzen.

Jan C. Behrends

Changing welfare states

Am 13. und 14. Mai 2009 fand im WZB der erste Doktoranden-Workshop der deutschen ESPAnet-Sektion unter dem Titel „Changing Welfare States, Changing Theoretical Concepts?“ statt. Präsentiert wurden Promotionsvorhaben aus verschiedenen sozialwissenschaftlichen Disziplinen, die den Wandel von Wohlfahrtsstaaten oder einzelner wohlfahrtsstaatlicher Politikfelder mit unterschiedlichen theoretischen und methodischen Zugängen erforschen.

Wohlfahrtsstaaten sind gegenwärtig tiefgreifenden Wandlungsprozessen unterworfen. Die Veränderungen auf den Arbeitsmärkten und die demographische Entwicklung erfordern Anpassungen. Durch die Liberalisierung der Finanzmärkte und der Märkte für Güter und Dienstleistungen geraten Wohlfahrtsstaaten zunehmend unter externen Druck. Die Finanz- und Wirtschaftskrise schränkt zudem ihre Spielräume bei der Finanzierung von Sozialpolitik ein.

Für die Wohlfahrtsstaatsforschung stellt sich die Frage, ob sich diese Veränderungen mithilfe existierender Typologien und Theorien angemessen analysieren lassen oder ob hierfür neue theoretische Zugänge erforderlich sind. Die meisten der im Workshop vorgestellten Projekte befanden sich noch in der Konzeptionsphase. Sie wurden von den Organisatorinnen Annette Henninger und Rita Nikolai zu insgesamt sechs Panels gebündelt. Das erste Panel umfasste unter dem Titel „Solidarität“ die Arbeiten von Stefanie Börner (Bremen International Graduate School of Social Sciences) zur Ausweitung von Solidaritätskonzepten am Beispiel der Nationalisierung von Wohlfahrt im 19. Jahrhundert sowie die Dissertation von Claudia Göbel (Universität Mannheim), die anhand eines deutsch-französischen Vergleichs die kollektive Interessensorganisation von prekär Beschäftigten untersucht.

Im zweiten Panel zu „Determinanten wohlfahrtsstaatlichen Wandels“ stellte Frank Bandau (Universität Bamberg) sein Konzept zur theoretischen Modellierung politischer Willensbildungsprozesse dar, das zu einem besse-

ren Verständnis wohlfahrtsstaatlicher Reformen beitragen soll. Steffen Heinrich (Universität Heidelberg) analysierte die politischen Determinanten von Wandel in der Arbeitsmarktpolitik im deutsch-japanischen Vergleich. Im dritten Panel stand der Wohlfahrtsstaatswandel in Asien im Mittelpunkt. Anna Skarpelis (Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln) untersuchte – ebenfalls vergleichend für Deutschland und Japan – den Einfluss der beteiligten Akteure auf die Einführung einer Pflegeversicherung sowie auf die verbesserte Anerkennung von Erziehungszeiten bei der Rentenversicherung. Linda Maduz (Universität Zürich) nahm den Einfluss sozialer Bewegungen auf die Entstehung von wohlfahrtsstaatlicher Politik in drei ostasiatischen Staaten – Südkorea, Taiwan und Thailand – sowie in Hongkong in den Blick. Das vierte Panel war dem Thema Alterssicherung gewidmet. Mareike Gronwald (Mannheimer Zentrum für europäische Sozialforschung, MZES) suchte nach einer theoretischen Erklärung für nationale Unterschiede bei der Reform der Alterssicherung. Tobias Wiß (ebenfalls MZES) analysierte die gewandelte Rolle der Sozialpartner im Zuge der Privatisierung der deutschen Alterssicherung. Panel fünf beschäftigte sich mit aktuellen Diskursen zu Kindheit und Bildung. Hier präsentierte Anna Hein (Universität Wuppertal) ihre Dissertation zum erziehungswissenschaftlichen Diskurs zu Kindheit im deutschen Wohlfahrtsstaat. Solveig Randhahn (Universität Münster) analysierte das Verhältnis von Bildungs- und Sozialpolitik in mehreren deutschen Bundesländern. In Panel sechs stand schließlich die Rolle politischer Akteure bei wohlfahrtsstaatlichen Reformen im Mittelpunkt. Hier präsentierte Agnes Blome (WZB) ihre vergleichende Analyse der Modernisierung von Vereinbarkeitspolitik in Deutschland und Italien. Jan Heider (Fachhochschule Jena/Universität Hamburg) stellte ein theoretisch angelegtes Dissertationsprojekt zum Verhältnis von Staatsbürgerschaft und Sozialpolitik am Beispiel des Grundeinkommens vor.

Insgesamt wurde die Möglichkeit, die eigene Forschungsarbeit von erfahrenen Kollegen kommentieren zu lassen und sich mit anderen Doktoranden zu vernetzen, die zu ähnlichen Themen arbeiten, sehr positiv aufgenommen – zumal nur wenige Teilnehmer an ihrem heimischen Institut in eine größere Forschungsgruppe zu wohlfahrtsstaatlichen Themen eingebunden sind. Auffällig war aus der Perspektive der Organisatorinnen, dass die Frage nach der Angemessenheit „alter“ wohlfahrtsstaatlicher Theorien für die Analyse neuer Wandlungsphänomene kaum aufgegriffen wurde. Theoretisches Neuland betreten vor

allem solche Doktoranden, die neue Themen aufgriffen, wie etwa die Entstehung von Wohlfahrtsstaaten in Ostasien oder aktuelle Diskurse der Kindheitsforschung, und dabei an die Grenzen des existierenden theoretischen Instrumentariums stießen. Auffällig war darüber hinaus, dass gleich mehrere Projekte den Blick nach Asien richten – es scheint also Hoffnung zu geben, dass sich der lange Zeit auf Westeuropa und die USA gerichtete Blick der Wohlfahrtsstaatsforschung weitet und neben den osteuropäischen Staaten, die in den letzten Jahren verstärkt zum Gegenstand der Analyse wurden, nun auch andere weiße Flecken auf der Landkarte gefüllt werden.

ESPAnet wurde 2002 als europaweites Forum für den Austausch und die interdisziplinäre Vernetzung von Wohlfahrtsstaatsforschern gegründet. Das Netzwerk verfolgt neben der Etablierung vergleichender Wohlfahrtsstaatsforschung als Schwerpunkt in Forschung und Lehre insbesondere das Ziel, den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern. Die Auftaktveranstaltung der deutschen ESPAnet-Sektion wurde vom WZB in Kooperation mit der Berlin Graduate School of Social Sciences und der Bremen International Graduate School of Social Sciences organisiert.

Annette Henninger und Rita Nikolai

The concept of “civility”

Sociologists, philosophers, historians, and anthropologists met at the WZB to discuss the possibilities for an interdisciplinary and comparative investigation of the notion of “civility” in the modern world. The workshop, organized by Britta Baumgarten, Jan C. Behrends, Dieter Gosewinkel and Dieter Rucht was funded by the Volkswagen Foundation and consisted of six thematic panels as well as the presentation of a prospective project on civility that is being prepared by the convening researchers.

In his opening remarks, Dieter Gosewinkel (WZB) outlined the main problems and prospects of research on the concept. He discussed the problems of defining “civility” and of finding the adequate fields for empirical research. Gosewinkel stressed the ambivalences inherent to the concept, e.g. the tension between the universal pretensions and the exclusionary practices connected to it. Ideas about civility not only justified the expansion of individual rights; they also served as the ideological driving force behind “civilizing missions” in European colonies and, as Norbert Elias famously asserted, im-

posed means of constraint on the individual’s manners. Depending on the perspective, “civility” might thus be viewed as a disciplinary force, or as a means to broaden the individual’s rights. Additionally, the role of the state, both as a driving force behind civilizing processes as well as a destroyer of civilian norms, needs further exploration. Thus, a whole range of both empirical and theoretical questions about “civility” need to be addressed.

The workshop’s first panel explored the history of the concept. Holger Nehring (Sheffield) pointed to the ambivalent effects of the civilizing process in Europe. In the tradition of Elias, he views “civility” as a process rather than as a state of affairs. Konrad H. Jarausch (Chapel Hill, North Carolina) picked up the criticism of the American concept of western civilization. He then focused on the process of re-civilizing (West) Germany after National Socialism. Jarausch notes the resurgence of etiquette in the Federal Republic as one way of re-establishing moral order – a regime of civil norms that was promptly questioned by the generation of 1968. The second panel dealt with the connection between civility and social rights. It examined the German tradition of the welfare state, including its ruptures during decades of dictatorship and its continuities throughout political systems, and explored the relationship between state sovereignty, social welfare and migrants’ rights in 20th century Europe.

The third panel discussed the connection between civility and human rights. Mass-killings by the regimes of the radical left and right on an unprecedented scale have laid the foundations for a humanistic consciousness that transcends geographical, national or ethnic borders. According to Helmut Dubiel (Giessen), the utopian vision of a universalistic validity for human rights is grounded in the horrific experiences of totalitarian rule. From a British perspective, Mervin Frost (King’s College) outlined the inherent meanings of being civil, potentially restraining one’s emotions and thus acting inclusively towards everyone. The fourth panel focused on the relationship between civility and citizenship. Andreas Fahrmeier (Frankfurt am Main) focused on political protest and incivility in Britain and France at the dawn of the modern age. From the 18th century well into the 1850s, a carnevalesque and often violent form of protest against established authority was widespread on the streets of London. Fahrmeier made a strong case for the civilizing effects of parliamentary representation while at the same time pointing to the ongoing discussion about the role of the “crowd” and the “mob” – the un-